Nummer 558

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Sonnabend, 29. November 1930

Notverordnung und Finanzprogramm.

Im Reichstag fanden heute vormittag Besprechungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten statt. Es handelt sich dabei, wie wir erfahren, in erster Linie um die Frage der alten Notverordnung vom 26. Juli bzw. um die bekannten Wünsche der Sozialdemokratie auf Abänderung wichtiger Bestimmungen dieser Verordnung. Wie verlautet, halten die Sozialdemokraten an der Forderung fest, daß die Bürgersteuer stärker gestaffelt werden müsse. Auf eine direkte diesbezügliche Abänderung der Notverordnung vom 26. Juli wollen die Sozialdemokraten zwar angeblich verzichten, sie verlangen jedoch statt dessen, daß die sogenannte veredelte Bürgersteuer in der Form vom Kommunaleinkommensteuer-Zuschlägen als Zusatzparagraphen in die Finanzausgleichsvorlage eingebaut werden müsse, die von der Reichsregierung vor kurzem dem Reichsrat zugeleitet worden ist.

Was das Finanzprogramm betrifft, so verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß sich die Reichsregierung gegenwärtig mit einer Umarbeitung derjenigen Teile des Finanzprogramms beschäftigt, die verfassungsänderndner Natur sind. Zweck der Umarbeitung ist offenbar, diese Gesetze ihres verfassungsändernden Charakters zu entkleiden und damit auch ihre Durchführung vermittels Notverordnung auf Grund des Artikels 48 zu ermöglichen. Lediglich das sogenannte Besoldungssperrgesetz für die Beamten der Länder und Kommunen, dessen verfassungsändernder Charakter sich ohne Preisgabe der ganzen mit dem Gesetz verfolgten Absichten nicht beseitigen lassen würde, soll von der Umarbeitung ausgenommen und gegebenenfalls auch nicht auf dem Notverordnungswege in Kraftgesetzt, sondern weiterer parlamentarischer Behandlung vorbehalten werden. Die Reichsregierung ist anscheinend der Ansicht, auf die Durchführung dieses Gesetzes im Rahmen des Finanzprogramms vorläufig verzichten zu können, weil gerade dieses Gesetz zunächst von keiner unmittelbaren finanziellen Bedeutung für den Reichshaushalt sei.

Fesseln.

Das Reichskabinett tritt heute im Laufe des Nachmittags zu der angekündigten Sitzung zusammen, in der man sich mit dem Ergebnis der Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern über das Finanzprogramm beschäftigen wird. In unterrichteten Kreisen gilt es als ziemlich sicher, daß sich das Kabinett zur Durchführung des Finanzprogramms auf dem Notverordnungswege entschließen wird. Jedoch dürfte die Entscheidung voraussichtlich erst am Sonntag fallen.

Inzwischen bestärkt der preußische Ministerpräsident Braun die Reichsregierung in ihrer Absicht, das Parlament bei der Durchführung des Finanzprogramms auszuschalten. Wie vorgestern in Bielefeld, so hat Herr Braun gestern in Essen wiederum von „gewissen diktatorischen Mitteln" gesprochen, die der Reichsregierung zu gestatten seien, wenn es sich darum handle, notwendige Maßnahmen gegenüber einem „versagenden Reichstag" durchzudrücken. Ganz im ähnlichen Sinne hat sich auch Herrn Brauns finanzpolitischer Vertrauensmann, der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff, gestern in einer Versammlung der Bielefelder Demokraten geäußert. Die „Diktatur-Sympathien unserer prominenten Linkspolitiker nehmen also immer verdächtigeren Umfang an. Die Anwendung des Artikels 48 durch das Kabinett Brüning läßt sich freilich kaum noch vermeiden; aber der Reichskanzler hätte zweifellos besser getan, wenn er sich vorher nicht um das „Agrément" der sozialdemokratischen Preußen-Regierung bemüht hätte. Das ist für sein Beginnen keine Entlastung, sondern eine Belastung! Wenn man schon springen will, dann tut man es besser ohne Beinfesseln!

Auch der „Sozialdemokratische Pressedienst" hält es für wahrscheinlich, daß die Regierung ihr Programm mit Hilfe des Artikels 48 verwirklichen will, und bemerkt dann weiter: „Die Sozialdemokratie vermöge heute noch nicht zu sagen, wie sie sich einer vollendeten Tatsache gegenüber verhalten würde. In den Finanzgesetzen sei mancherlei enthalten, womit sie sich, namentlich nach den Abänderungen des Reichsrates, einverstanden erklären könnte; anderes dagegen stoße auf ihren Widerspruch. Unter normalen Verhältnissen wäre die Entscheidung leicht. Aber die Sozialdemokratie stehe immer wieder vor der Alternative, ob sie auf das Recht zur Aufhebung der Verordnung verzichten oder das Kabinett stürzen und damit dem Nationalismus als Partei oder als Idee den Weg zur Macht öffnen wolle. Jedenfalls sei aber heute schon mit allem Nachdruck zu erklären, daß sie sich unter keinen Umständen mit einer Anwendung des Artikels 48 zur Durchführung verfassungsändernder Gesetze einverstanden erklären könne."

Im allgemeinen fügt sich auch die neueste parteioffiziöse Auslassung der Sozialdemokratie in den Rahmen der schon bisher von dieser Partei gegenüber dem Kabinett Brüning eingeschlagenen Taktik ein. Es ist das die Taktik der halben Zustimmung und halben Verneinung, die Taktik des „Zappelnlassens", das uralte Spiel der Katze mit der Maus. Gegen die Durchführung des Finanzprogramms mit dem Artikel 48 hat die Sozialdemokratie nichts mehr einzuwenden, aber sie behält sich trotzdem das Recht zur Aufhebung der neuen Notverordnung vor. Gleich darauf wird andeutungsweise zu verstehen gegeben, daß man von diesem Recht wohl praktisch keinen Gebrauch machen würde, weil man dem Nationalismus nicht zur Macht verhelfen wolle. Und dann kommt sofort wieder eine neue Abschwächung: aber von einer Notverordnungs-Durchführung der verfassungsändernden Gesetze kann natürlich keine Rede sein. „Natürlich": denn alle Trümpfe kann die Sozialdemokratie doch nicht aus der Hand geben! Wie sollte man sonst das Reichskabinett in dauernder Abhängigkeit halten können? Kommt Zeit, kommt Rat. Wenn es soweit ist, wird man dem Kabinett für die sozialdemokratische Zustimmung zur notverordnungsmäßigen Realisierung der Verfassungsänderungen schon einige neue wertvolle Zugeständnisse abpressen und dann immer noch einen Rest von noch nicht erfüllten marxistischen Forderungen übrig lassen können. Zappeln lassen: das ist die Methode!

—ius.

Die deutsche Note an den Völkerbundsrat.

Genf, 29. November.

Die Note der deutschen Reichsregierung über die in letzter Zeit gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien verübten Gewalttaten ist heute von dem deutschen Generalkonsul Dr. Völkers dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, überreicht worden. Die offizielle Veröffentlichung der Note seitens des Völkerbundssekretariats wird in einigen Tagen erfolgen.

Die deutsche Note an den Völkerbundsrat, in der gegen die Deutschenverfolgungen Protest erhoben wird, kann in ihrem Wortlaut noch nicht veröffentlicht werden, da die eingeleiteten diplomatischen Nebenaktionen in den europäischen Hauptstädten noch im Gange sind. Immerhin läßt sich über den Inhalt der Note wenigstens folgender Ueberblick geben:

Die Note besteht aus einer kurzen Mantelnote, welche die übliche Ueberreichungsformel enthält, und aus einem sehr umfangreichen Hauptteil als Anlage. Der Hauptteil zerfällt in zwei Unterabschnitte, von denen der eine die Wahlentrechtung der deutschen Minderheit, der andere die polnischen Terrorakte behandelt.

Im ersten Teil wird an Hand besonders hervorstechender Beispiele nachgewiesen, daß die deutsche Minderheit durch Willkürmaßnahmen der polnischen Behörden an der freien und vertragsrechtlich garantierten Ausübung des Wahlrechtes behindert bzw. davon ausgeschlossen worden ist. Die dabei von Polen eingeschlagene Taktik gegen die Aufnahme deutscher Wahlberechtigter in die Wählerlisten mit der Begründung Einspruch zu erheben, daß die betreffenden Angehörigen der deutschen Minderheit nicht die polnische Staatsangehörigkeit besäßen, wird in der deutschen Note scharf gebrandmarkt. Es wird festgestellt, daß es den Polen auf diese Weise in über 30 000 Fällen gelungen sei, deutsche Wahlberechtigte von der Wahl auszuschließen. Darunter befanden sich selbst solche Wahlberechtigte, die 8 Jahre lang ihr Wahlrecht unbehindert ausgeübt haben, ja sogar selbst Abgeordnete gewesen waren. Es werden dann weiter die zahlreichen polnischen Manipulationen klargestellt, die darauf hinausliefen, die deutschen Wahlberechtigten zu einer öffentlichen Stimmabgabe für polnische Parteien zu zwingen. Manipulationen, die eine schwere Verletzung des gleichfalls vertraglich garantierten Wahlgeheimnisses bedeuten.

Im zweiten Unterabschnitt des Hauptteils, der von den Terrorakten handelt, wird zunächst die Tätigkeit der chauvinistischen polnischen Verbände, so des Aufständischen-Verbandes und des Westmarkenvereins, geschildert, die mit Duldung, ja sogar **unter Begünstigung durch die polnischen Behörden den Terrorfeldzug gegen deutsche Minderheit in ganz Oberschlesien organisiert und durchgeführt haben.** Als Beweis für die fraglose Mitschuld der polnischen Behörden wird u. a. darauf hingewiesen, daß sowohl der Wojwode Grazinski wie auch andere hohe polnische Beamte zu den Führern des Aufständischen Verbands gehören. Als besonders bezeichnend werden die beiden bekannten Plakate der obengenannten Terrororganisationen aufgeführt. Plakate, auf denen die deutsche Minderheit unter Bedrohung von Leib und Leben aufgefordert wurde, nur polnische Parteien zu wählen. Es folgt dann die Darstellung von zehn einzelnen, besonders charakteristischen Terrorfällen, bei denen jeweils nachgewiesen wird, daß die amtsfende oder sofort verständigte polnische Polizei keinen Finger gerührt hat, um die deutsche Minderheit zu schützen.

Die deutsche Note betont, daß es sich bei diesen Fällen nur um einige wenige Beispiele besonders charakteristischer Art handle, während die Zahl der täglichen Ausschreitungen gegen polnische Bürger deutscher Nationalität in Wirklichkeit natürlich viel größer sei, gar nicht zu reden von den ungezählten tausenden von Drohbriefen des Aufständischen-Verbands an Angehörige der deutschen Minderheit. Die Note schließt ab mit der Erklärung, daß die deutsche Regierung nicht nur im Namen des Rechts, sondern auch im Namen der Menschlichkeit gegen die Vergewaltigung der deutschen Minderheit Protest erhebe und **den Völkerbundsrat dringend bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die Bestimmungen der Minderheitsabkommen von Polen künftighin in dem Sinne und dem Geiste durchgeführt werden, in dem sie seinerzeit erlassen worden sind.**

Auch Amerikas Vertreter in Genf für Frankreich gegen Deutschland.

Washington, 29. November.

Anläßlich der gestrigen Debatte im Genfer Abrüstungsausschuß über den Artikel Ea des Konventionsentwurfes wurde im Staatsdepartement betont, der amerikanische Delegierte, Botschafter Gibson, habe, als er gegen den bulgarischen Antrag auf Streichung des Artikels und für den französischen Vorschlag stimmte, ausdrücklich mitgeteilt, daß seine Stimmabgabe keine Stellungnahme zu der vorhergegangenen Auseinandersetzung zwischen Graf Bernstorff und Lord Cecil darstelle.

*

Diese offenbar amtlich inspirierte Darstellung ist leider reichlich unklar. Einmal befindet sich doch der amerikanische Vertreter in der Eigenschaft als „Beobachter" in Genf und hatte also für ein aktives Hervortreten eigentlich keine Veranlassung. Vielleicht soll die Washingtoner Erklärung, daß seine Stimm-Abgabe keine Stellungnahme zu der Auseinandersetzung zwischen Graf Bernstorff und Lord Cecil darstelle, auf diese Tatsache hinweisen. Bestehen bleibt aber doch, daß Herr Gibson sich in der Aussprache über die Hauptpunkte der Abrüstungsfrage auf die französische Seite gegen Deutschland geschlagen hat und damit für Duldung der französischen Riesenrüstungen und Verewigung der deutschen Wehrlosigkeit eingetreten ist.

In der amerikanischen öffentlichen Meinung, wo man in letzter Zeit verschiedentlich die französische Rüstungsmanie sehr scharf kritisiert hat — man denke an den Hearst-Zwischenfall in Paris — wird man wohl vielfach die Haltung, die Herr Gibson jetzt als amerikanischer Vertreter in Genf eingenommen hat, etwas unverständlich finden, was vielleicht mit zu der abschwächenden Interpretation durch das Washingtoner Staatsdepartement beigetragen hat.

Abrüstungsausschuß offen gegen Rußland.

TU **Genf, 29. November.**

Ein geheim tagender Unterausschuß hat im Gegensatz zu dem bereits angenommenen rein politischen Artikel Ea des Abkommensentwurfes über die Einzelheiten des Versailler Vertrages in das Abkommen beschlossen, eine weitere Bestimmung des Abkommens als politisch zu erklären, nach der die Nachbarstaaten Sowjetrußlands — Polen, Rumänien, Finnland, Lettland und Estland — sich die Durchführung des Abrüstungsabkommens bis zum Beitritt Sowjetrußlands offen halten. Es wurde beschlossen, die Entscheidung über diesen als politisch erklärten Artikel der kommenden Abrüstungskonferenz zu überlassen.

Der Abrüstungsausschuß hat damit im schroffen Gegensatz zu der Behandlung des Artikels A für die Nachbarstaaten Sowjetrußlands eine Sonderregelung getroffen, die sich in ihrer Wirkung unmittelbar gegen Sowjetrußland richtet

— **Moskauer Weltpropaganda.** Der Reuter-Korrespondent in Riga berichtet, daß nach dort vorliegenden Meldungen aus Moskau am 7. Dezember nicht nur in London, sondern in ganz England große Kundgebungen unter der Parole „Verteidigt die Sowjetrepubliken" veranstaltet werden sollen.

Von Scholz zu Dingeldey.

Von

Paul Steinfurth.

Die Meinung, die wir selbst über die Politik der Deutschen Volkspartei haben, ist bekannt: wir haben nicht selten den Mangel an Kraft des Entschlusses zu eindeutigem Bekenntnis zur Rechtsbewegung kritisch feststellen müssen. Es wird angesichts des politisch zweifellos hochbedeutenden Führerwechsels in der Deutschen Volkspartei unsere Leser interessieren, in diesem Augenblick die Ansicht eines der Deutschen Volkspartei nahestehenden Politikers zu hören. Wir geben diesem das Wort, um unseren Lesern stets die Möglichkeit zu bieten, sich selbst das Bild der innenpolitischen Lage zu verschaffen. D. Red.

Am Sonntag und Montag ist in Berlin der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Tagung beisammen, deren Bedeutung erheblich über dem Durchschnitt solcher Veranstaltungen liegt. Der Zentralvorstand hat vor allem die Aufgabe, den neuen Führer zu wählen. Es ist kein Zweifel mehr daran, daß sich eine große Mehrheit für Herrn Dingeldey aussprechen wird. Mit der Wahl hängen aber auch noch andere Probleme zusammen, die für die Führung und den Kurs der Partei wesentlich sind. So steht eine Schwungänderung zur Debatte, die die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden ermöglichen soll. Ein bisher sehr heikles Thema in den internen Parteierörterungen, da sowohl Stresemanns als auch Dr. Scholz sich immer hartnäckig geweigert hatten, sich einen Stellvertreter aufdrängen zu lassen. Kurz bevor Dr. Scholz sein Amt niederlegte, war es allerdings gelungen, eine Formel zu finden, der auch er seine Zustimmung geben wollte, da sie ihm einen weitgehenden Einfluß auf die Bestellung und die Funktionen des Stellvertreters eingeräumt hätte.

Der Führerwechsel in der Deutschen Volkspartei vollzieht sich, nachdem Dr. Scholz nur ein Jahr an ihrer Spitze gestanden hat. Ueber der Führung der Partei liegt eine gewisse Tragik. Schwerer körperlicher und wohl auch psychischer Zusammenbruch hat Dr. Scholz gezwungen, die Leitung wieder aus der Hand zu geben. Es geht ihm damit wie kurz nach dem Kriege seinem großen Vorgänger Stresemann, dem die Aerzte damals den Rat gaben, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen, wenn er sich seiner Familie noch einige Jahre erhalten wolle. Stresemann berließ, schweren Herzens, die politische Arena. Einige Monate später, in den Tagen des Kapputsches, erschien er dann plötzlich wieder im Reichstag, weil es ihn nicht mehr in der Stille hielt, wo es unter Umständen um Leben und Sterben Deutschlands ging. Wenn man sich dieser Zeit erinnert, will es fast unwirklich erscheinen, daß Stresemanns eigentliche Lebensaufgabe erst später begann, nachdem die Aerzte ihn bereits für einen todkranken Mann erklärt hatten.

Es liegt auf der Hand, daß Stresemann über seinem außenpolitischen Werk die Führung der Parteigeschäfte häufig vernachlässigen mußte. So kam es, daß Dr. Scholz schon zu Lebzeiten Stresemanns einen Einfluß in der Partei hatte, der in sehr vielen Fällen richtunggebend wurde. Dieser Dualismus führte freilich dazu, daß die politische Linie der Partei nicht immer ganz gerade verlief. Dr. Scholz wurde stets als der Mann angesehen, der sie weiter nach rechts zu drängen versuchte. Diese Auffassung ist sicher insofern richtig, als er, nicht ganz unbeeinflußt von dem schärferen Rechtswind, der in seinem ostpreußischen Wahlkreis wehte, wohl bewußt ein Gegengewicht bilden wollte zu dem nach seiner Auffassung allzu stürmischen Drängen Stresemanns „in den Staat hinein, wie er nun einmal ist". Stresemann mag über die Haltung seines mächtigsten Parteifreundes nicht immer glücklich gewesen sein. Er hat mir einmal, allerdings ohne erbitterten Hintergrund — und ich halte die dramatische Ausschmückung, die Antonia Valentin dem Verhältnis zwischen Scholz und Stresemann in ihrem Buche gibt, für eine maßlose Uebertreibung — eine bezeichnende Anekdote hierüber erzählt: In Genf hatte Stresemann Herrn Briand Vorwürfe gemacht, daß die deutsch-französischen Beziehungen sich versteift hätten, weil Leute wie Marin ins Kabinett hineingenommen worden waren. Briand versuchte Stresemann zu beruhigen. Herr Marin, sagte er, sei ein ganz vernünftiger Mann und stehe höchstens soweit rechts wie beispielsweise in Deutschland Herr Dr. Scholz; worauf Stresemann mit allen Zeichen eines heftigen Entsetzens die Hände hob und antwortete: „Haben Sie eine Ahnung, wie weit rechts Herr Scholz steht".

Als dann Scholz die Nachfolge Stresemanns antrat, rechnete man begreiflicherweise damit, daß er das Parteischiff weiter nach rechts steuern würde. Das ist vor allem in der ersten Zeit nicht so eingetreten. Dr. Scholz ist ein Mann von außerordentlich starkem Verantwortungsgefühl, und diese Eigenschaft hat ihn davon abgehalten, eine Politik zu machen, die wohl mehr nach seinem Herzen gewesen wäre. Er sah schwere Gefahren für seine Partei. Schon zu Zeiten Stresemanns hatten Rebellionsbestrebungen eingesetzt, die in der Zentralvorstandssitzung vor etwa zwei Jahren so ruckartig nach oben drängten, daß Stresemann seine ganze Autorität und den

Diese Ausgabe enthält die Beilage Nr. 48

Der Handel mit dem Osten